

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

15 (20.1.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beizelle oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen-Beimittelungen stellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Erscheinungsort der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wapler in Karlsruhe.</p>	

K. Der portugiesische Handelsvertrag.

Das Handelsabkommen mit Portugal macht der Regierung ernste Sorgen; sie läßt alle beamteten und freien Mitglieder der Regierungskommissionen für sich arbeiten, um am nächsten Donnerstag keine Niederlage zu erleiden. In diesem Tage nimmt die Kommission Stellung zu dem Vertrage, der im Reichstage so herzlich schlecht aufgenommen worden ist. In einer anderen Angelegenheit soll zwar „Baron de Schön“ gesagt haben, daß die Abgeordneten wie „junge Hunde“ portieren, wenn er ernstlich wolle. Diesmal scheint er auf seine Dressurmeisterhaft nicht allzusehr zu vertrauen, denn unter der Hand wurden allerlei Interessenten mobil gemacht; diese belagern förmlich den Reichstag. Da kommt ein Herr Kugler aus Chemnitz, der Teppiche nach Portugal verkauft; ein Legationsrat, der mit der Industrie verknüpft ist, macht dann Verbände mobil, um einige Zustimmungserklärungen zu erhalten usw. Wenn man aber auf der anderen Seite erfährt, daß Deutschland das portugiesische Hof ohne nähere Verhandlungen einfach angenommen hat, dann bleibt ein ernstlicher Bedenken von parlamentarischer Verurteilung vorhanden.

ernährten Böse so hoch seien, daß an eine Ausfuhr von vielen Artikeln gar nicht mehr gedacht werden könne. Portugal aber brauche Deutschland als Absatzgebiet für die Erzeugnisse seiner Landwirtschaft und daher könnten wir ganz anders auftreten. Wenn es nach Ablehnung des Vertrages auch zum Zollkrieg komme, verliere Deutschland gar nichts, Portugal aber sehr viel. Als dritter Grund wird geltend gemacht, daß es für das amerikanische Abkommen ein sehr schlechtes Vorpiel sei, wenn jetzt Deutschland gegen einen Kleinstaat so nachgiebig sei. Der Leiter der Amerikaner müsse wachen, so daß man uns am Ende alles biete in der Hoffnung; Deutschland nimmt doch an! Es sind also recht ernste Bedenken, die gegen die Annahme des Vertrages sprechen und die Vorzüge sind nahe bei einander. In allen Fraktionen des Reichstages sitzen daher auch Gegner des Handelsvertrages und Freunde desselben, nur die Punkte will geschlossen für und die National-liberale Fraktion geschlossen gegen denselben stimmen. Wie wir die Stimmung kennen, darf der Vertrag auf eine kleine Mehrheit rechnen im Reichstage, da eben viele einen Zollkrieg nicht wünschen und bereit sind nachzugeben.

zurückzugeben; diese Frage ist längst heraufgedrungen; staatsrechtliche Einwände sind nicht stichhaltig. Die Antrag wird wiederholt und zwar nicht nur in der Form der Resolution, die nicht beachtet wird. Die Fehler der Vergangenheit, unter denen wir so sehr leiden, schreiben nach einem solchen Antrag. In Südwesafrika ist man mit dieser Stellungnahme der Budgetkommission nicht ganz einverstanden; eine neue Depesche des Protesses ist eingelaufen, diese geht sehr scharf gegen die Vernburg'schen Maßnahmen vor und fordert auf neue eine Untersuchung. Auf einen bezeichnenden Zwischenfall in der Budgetkommission macht die „Deutsche Tageszeitung“ aufmerksam: „Eine äußerst auffällige Bemerkung des Herrn Staatssekretärs Vernburg am ersten Tage der Kommissionsverhandlungen zur Diamantenfrage hat in der Presse bisher nicht die genügende Würdigung gefunden. Herr Vernburg hat nach den allerdings nicht authentischen Kommissionsberichten zu dem bekannten Telegramm, das auf Grund tatsächlicher Vorpiegelungen vorzeitig Diamantenfunde bei Südwesafrika amtlich bestätigte und vom Kolonialamt in Berlin veröffentlicht wurde, geäußert: Dieses Telegramm sei leider, aber nicht von ihm selbst veröffentlicht worden. Es muß doch auffallen, daß der Staatssekretär eine solche Kritik an einer Maßnahme des Kolonialamtes übt, für dessen Tätigkeit er persönlich doch die Verantwortung trägt! Bisher galt es als Tradition, daß der Chef die nachgeordneten Beamten bedeckte und dies Verfahren entspricht nicht nur der Tradition, sondern auch dem formellen und sachlichen Begriffe der parlamentarischen Verantwortlichkeit der leitenden politischen Stellen. Man wäre also zu der Annahme geneigt, daß der Kommissionsbericht in diesem Punkte überhaupt nur auf Irrtum beruhe, wenn nicht in sozialdemokratischen Blättern nähere Einzelheiten über diese Szene enthalten wären, die die Tatsache an sich einwandfrei zu bestätigen scheinen. Nach einem solchen Berichte soll die Äußerung des Herrn Staatssekretärs folgendermaßen geäußert haben: Ich als erfahrener Vorkämpfer hätte die Nachricht nicht veröffentlicht, denn ich weiß, wie solche Dinge wirken. Diese Version fordert geradezu die Erinnerung an die Tatsache heraus, daß die Staatssekretäre wiederholt über die Verlässlichkeitsangelegenheiten der Regierung der Öffentlichkeit eingehende Mitteilungen machen konnte, auf deren Grund die Staatsverträge jedesmal erheblich in kurze liegen. Ein „erfahrener Vorkämpfer“ hätte eine solche Wirkung der Veröffentlichung seiner Verhandlungen wohl voraussehen und sie schon deshalb verhindern müssen, weil sie ihm doch zugunsten des anderen Kontrahenten das Geschäft nur erschweren oder gar verhindern konnte. Und dabei hat es sich nicht nur um private Spekulationen, sondern um eine finanzielle Aktion des Staates gehandelt. Mindestens ist es also bedauerlich, daß Herr Vernburg seine Verantwortung in diesem Falle nicht hinreichend betätigt hat.“

mandatskosten für den Aufenthalt in Berlin vergütet. Einzelne Abgeordnete haben allerdings schon den gesetzlichen Höchstbetrag von 3000 M. erhalten, viele aber nur 500-600 M. jährlich, weil jeder Tag, an welchem ein Abgeordneter fehlt, mit 20 M. in Abzug kommt, ebenso werden ihm 20 M. abgezogen, wenn er eine Abstimmung veräumt, was häufig vorkommt, wenn der Abgeordnete durch Leute in Anspruch genommen wird, die ihn sprechen wollen. Durch die Art, wie die Reichstagsdiäten berechnet werden, ist es im letzten Sommer vorgekommen, daß manche Abgeordnete für die Monate April-Juli 1909 überhaupt nichts erhalten haben, indem die Abzüge höher waren, als der auf diese Monate entfallende Diätenbetrag. Anders ist es in Frankreich, wo jeder Abgeordnete nicht etwa durchschnittlich 2000 M. wie im deutschen Reichstag, sondern als festes Gehalt 12000 Fres. bekommt, gleichviel ob er da ist oder nicht. Die Bewilligung so hoher Diäten, wie sie in Frankreich gezahlt werden, hat deshalb auch dort mit Recht großen Unwillen hervorgerufen; ein Abgeordnetemandat soll ein Ehrenamt sein, und die Gewährung von Diäten nur den Zweck haben, die Annahme dieses Ehrenamtes auch in derbermittelten zu ermöglichen. Keinesfalls soll aber das Mandat zur Bereicherung dienen, wie es in Frankreich der Fall ist. Der deutsche Abgeordnete dagegen wird bei seinen Diäten kein Geschäft machen, denn Berlin ist ein leeres Pflaster und die Ansprache, die an die Abgeordneten gestellt werden, beschränken sich nicht nur auf die Ausgaben für Wohnung und Kost.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar 1910.

Ein Stellvertreter des preussischen Ministerpräsidenten. Der konservative Staatsredner im Abgeordnetenhaus, Herr v. Pappenheim, hat am Samstag dem abwesenden Ministerpräsidenten von Westmann-Sollweg zu versetzen gegeben, daß er für einen Stellvertreter sorgen möge, der seine Geschäfte in Preußen zu erledigen hätte. Vielleicht war es etwas ironisch gemeint, als Herr v. Pappenheim auf die außerordentliche Inanspruchnahme des preussischen Ministerpräsidenten durch das Reich hinwies; denn es kann dem Vertreter der preussischen Konvention kaum eingangen sein, daß Herr v. Westmann-Sollweg im Reichstage ein ebenso jetzener Gast wie im preussischen Abgeordnetenhaus ist. Man sieht überhaupt — so hat es Willow eingeleitet — den verantwortlichen Staatsmann weder „hier noch dort“; das war unter Bismarck anders; denn dieser erschien sogar im Reichstage, um gewisse Interpellationen zu beantworten. Und heute? Ein Delbrück flötet einige ungeschickte Sätze „sagen wir einmal“ her und die Sache ist aus.

Die Vernburg'sche Diamantenpolitik fand in der Budgetkommission des Reichstages Billigung, wenn auch nicht rückhaltlose Zustimmung. Allgemein wurde die Notwendigkeit der Diamantenregie anerkannt. Schon der eine Umstand, daß es der Regie stets gelungen ist, nicht nur die gesamte Förderung sofort abzugeben, sondern auch den Preis pro Karat vor 22 auf 32 Mark zu steigern — die Pariserinnen sind auf unsere Diamanten ganz verlassen —, beweist die Nützlichkeit dieser Maßnahme. Die durch die Regie herbeigeführte Preissteigerung deckt den gesamten Ausführungsvoll, so daß die Schürfer diesen gar nicht zu zahlen haben. Ohne Regie würden die Südwesafrikaner weit geringere Preise erzielen, und das Reich hätte niedrigere Einnahmen; das hat man auch in der Kolonie bald eingesehen und daher die Gegenregie einschleusen lassen. Die Ueberflüsse der Regie — abzüglich von 10 Prozent — werden in einem Dispositionsfonds aufgeschichtet, der in schlechten Zeiten Vorstöße auf die Steine gibt, um eine gleichmäßige Förderung zu ermöglichen, was für die Kolonisten sehr nützlich ist. Endlich ist die Regie der Vorkämpfer für eine zweckmäßige Kontingenterierung, um einen Preissturz zu verhindern. Der von mehreren Seiten ausgesprochene Wunsch, daß die Schürfer einen erhöhten Einfluß — neben dem Reichskommissar und dem vorgeordneten Ausschuss — erhalten sollen, führt sicher bald zur Bildung einer Minenkommission. Die Verpachtung der ertragreichen Fiskalblöcke hat manche Beanstandung gefunden; ganz einverstanden war man allseitig mit dem finanziellen Resultat, wonach 89 Prozent der Einnahme aus diesem Abbau dem Fiskus zufließen. Die Vermängelung richtet sich gegen die Ineinanderfesselung der Verträge, wonach die Pachtgesellschaft selbst nicht abbaut, sondern den Abbau der kolonialen Bergbau-Gesellschaft überträgt, und dagegen, daß die Kolonisten nicht direkt pachten konnten. Das letzte Bedenken ist geboben durch die Zusage, daß eine solche Beteiligung in Aussicht steht und dem Förderer Vorteile ohne weiteres zuzuführen. Die Sperre zugunsten der deutschen Kolonialgesellschaften für Südwesafrika ist zweifellos am meisten bekämpft worden, aber die Einwände der Schürfer sind auf Flugland gebannt; hat die Gesellschaft keine Rechte, so hängen auch die von ihr erworbenen Schürferrechte der Einzelkolonisten in der Luft und daraus lassen sich keine Diamanten gewinnen. Wenn nun diese Gesellschaft auch dauernde Abbaurechte im ganzen Sperrgebiet erhalten soll und wird, so muß die Öffentlichkeit sich noch eine zeitlang gebulden, bis sie alle Gegeneinander der Gesellschaft erfährt; dann erst kann sich ein gerechtes Urteil bilden. Mancher Kritiker in Südwesafrika wird dann auch ruhiger werden. Wir bedauern es lebhaft, daß der Abg. Erzberger genötigt war, den Antrag: „Vergewerks-Sonderberechtigungen und Landkonzessionen sind vor der Verleihung dem Bundesrat und Reichstag zur Genehmigung vorzulegen“, vorerst

zum Konflikt in den Reichstagen schreibt der Lehrer Otto Pantzsch in der „Hilfe“ Nr. 2 vom 16. Januar 1910: „Als sachliche Hörer und Erben quittieren wir mit Dank. Die reichslandliche Regierung hat es jetzt in der Hand, die Niederlage der ausnahmslos hierarchisch-ultramontanen Partei vollständig zu machen, indem sie auf den ersten Schritt die anderen folgen läßt. Was gebietet die Regierung, die den Scheiternsfall angenommen hat, weiter zu tun? In der Politik ist die klare Tat besser, als alles Gedankenlesen. Wie weit wird der Reichstanzler hinter der Regierung der Reichskolonie in dieser Frage stehen? Wesentlich fragt man ihn im Reichstag darnach, was die Debatte einmal auf die Höhe einer richtigen Kulturdebatte haben könnte. Für mich gibt es nur eine Antwort im Interesse des omnipotenten nationalen Staates und der Schule wie man diese von den letzten Fesseln der Kirche. Unvergänglich! Oder der Schuß, der in Strasburg fiel, hat nur die Wirkung eines Theaterdommers, so, er reizt die hierarchisch-ultramontane Begehrlichkeit. „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ Dieser Behauptung scheint recht stark von der Phrase beherrscht zu sein; er ist aber keine Ausnahme, zeigt sich vielmehr als Schüler des kirchenfeindlichen allgemeinen deutschen Lehrervereins, dem es auch am liebsten wäre, Kirche und Schule, d. h. positives Christentum und Schule bzw. Erziehung würden von einander getrennt.“

Die Kosten des Reichstages sind in einer Reihe von Blättern auf rund 2 Millionen Mark berechnet worden, jedoch auf jeden Abgeordneten etwa 5000 M. kämen, während die französischen Abgeordneten je 12000 Fres. jährlich erhielten. Hierzu wird uns folgendes mitgeteilt: In den 2 Millionen Mark Kosten des Reichstages sind natürlich auch alle Reparaturen und Renovierungen für das Gebäude und Mobiliar enthalten, ferner die Kosten für Heizung und elektrisches Licht, die Ausstattung von Büchern für die Bibliothek und von Wildern, alle Druckerarbeiten, Vorkauf und Telegramme, ferner die Gehälter für den Bureaudirektor und 4 Sekretäre, 2 Bibliothekare, 4 Gehilfen, 20 Stenographen, 1 Botenmeister und 16 Boten, 32 Diener und 26 Kuchfrauen, 2 Heizer, 4 Mechaniker, 4 Portiers und einen Hausmeister, zusammen 117 Personen, ferner die Kosten für Zeitungsbekanntmachungen (etwa 800 Zeitungen). Außerdem auch ein Teil der für den Bundesrat entstehenden Kosten. Auf die Reichstagsabgeordneten selbst entfällt noch lange nicht die Hälfte des angegebenen Betrages, sie erhalten im Durchschnitt etwas über 2000 M. jährlich als Auf-

Badischer Landtag. Unberichtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist unterzogen. B.Z.K. Karlsruhe, 19. Jan. 1909.

In der Budgetkommission begannen heute die Verhandlungen über den Eisenbahnetat. Von den Sprechern aller Parteien wurde den Bestrebungen auf Einführung einer deutschen Eisenbahnbetriebsgemeinschaft auf föderativer Grundlage das Wort geredet. Der Gedanke, der seit einiger Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt, war in der Generaldebatte vom Abg. Dr. Zehner in die Diskussion geblasen worden. In absehbarer Zeit scheint über die Verwirklichung dieses schönen Zieles auf Vereinigung und Verbilligung des deutschen Eisenbahnbetriebes wenig Aussicht zu haben. Die Frage der Wiedereinführung des Kilometerzuges wurde auch kurz getreift. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß das Kilometerzuges nicht nur die preussisch-besitzende Eisenbahnverwaltung, sondern auch die Verwaltungen aller anderen benachbarten Eisenbahnen zu einer scharfen Kampffront zu den badischen Bahnen herausfordern würde.

C. Karlsruhe, 19. Jan. In ihrer heutigen Sitzung erledigte die Budgetkommission zunächst die Gesetzesvorlage betr. die Entschädigung der Abgeordneten. Der Gesetzentwurf wurde mit einer unmerklichen Abänderung angenommen. Sodann wurde in die Beratung des Eisenbahnbetriebsgesetzes eingetreten. Eine Petition der Stadt Offenburg wegen Errichtung eines Verbindungssteiges zwischen dem dortigen Rotbahnhof und der Hauptstraße wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Beratung des Budgets der Eisenbahnverwaltung ging eine Besprechung der eisenbahnpolitischen Angelegenheiten voraus. Der Berichterstatter interpellierte die Regierung über die Gefahr, die der badischen Eisenbahn selbständigkeits droht. In der Kommission wurde verschiedentlich herorgehoben, daß die jetzigen Zustände, insbesondere die Konkurrenz gegen die rechtsrheinische Durchgangsverbindung äußerst unbefriedigend sind. Nach Mitteilungen der Regierung sind Bestrebungen im Gange, die eine Verbesserung der jetzigen Zustände

